

Er(n)stes Ringen um die beste Lösung

Das Fernbehandlungsverbot, die Notdienstversorgung, die Erhöhung der Zahl der Medizinstudienplätze und weitere wichtige Themen standen auf der Arbeitsagenda des 121. Deutschen Ärztetags in Erfurt. Bei seinem Debüt vor dem deutschen Ärzteparlament bot der neue Bundesgesundheitsminister Jens Spahn eine konstruktive Zusammenarbeit an, zu der auch das Ringen um die richtigen Argumente gehöre.

von Sabine Schindler-Marlow

Selten in den vergangenen Jahren war das Medienaufkommen auf einem Ärztetag so hoch, wie am Eröffnungstag des diesjährigen Ärztetages in Erfurt. Mit Spannung wurde zum einen der erste Auftritt des neuen Bundesgesundheitsministers erwartet, noch größer war jedoch das Interesse an den Themen des Ärzteparlaments, die bereits im Vorfeld ungewöhnlich breit in den Medien diskutiert wurden.

Ganz wie es Gepflogenheit ist, kam der neue Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) nach Erfurt, um an der Eröffnungsfeier des Deutschen Ärztetags teilzunehmen. Dort wurde er zuerst von der Präsidentin der Landesärztekammer Thüringen, Ellen Lundershausen, begrüßt, die in ihrem Grußwort vor den Delegierten und Gästen an das Wirken des Kirchenrebellen Martin Luther in Erfurt erinnerte und an ihre Kollegen appel-

lierte, „dass auch Ärzten in Zeiten von Überregulierung des ärztlichen Berufs und zunehmenden Drucks der Gesundheitswirtschaft ein bisschen Rebellion von Zeit zu Zeit gut zu Gesicht stehen würde“.

„Helden sollte man auch wie Helden behandeln“

Für den Präsidenten der Bundesärztekammer, Professor Dr. Frank Ulrich Montgomery, stellen Gesundheit und Pflege die Megathemen der Zukunft dar, da sie, wenn sie vernünftig geregelt seien, den Zusammenhalt der Gesellschaft sichern. Zum Auftakt machte er in seiner Rede deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger allen Unkenrufen zum Trotz recht zufrieden mit dem deutschen Gesundheitswesen seien. Diese Zufriedenheit sei auch ein Erfolg der ärztlichen Selbstverwaltung, die es zu erhalten gelte und die vor zu viel Regulierung von außen zu schützen sei.

Ob zum Beispiel die im Koalitionsvertrag formulierten Regelungen wie die Anhebung der Zahl vertragsärztlicher Wochenstunden und die Ausweitung der Terminservicestellen vernünftig seien, da habe er seine Zweifel. Er schätze, dass solche Maßnahmen eher „stimmungs- als weltverändernd“ seien. An den Minister gewandt, sagte Montgomery: „Sie haben in ihrer ersten Regierungserklärung die Mitarbeiter im Gesundheitswesen ‚Helden des Alltags‘ genannt. Damit haben Sie Recht. Aber Helden sollte man auch als solche behandeln.“

Aus seiner Sicht herrsche eine große Diskrepanz zwischen dem gefühlten Problem, einen Termin beim Arzt zu erhalten und der Realität der wirklich Kranken. Wenn die Politik hier eingreife, dann solle sie sich zumindest einmal fragen, ob sie ausschließlich beim Arzt ansetzen wolle, gab der Präsident zu bedenken und sprach dabei das Thema der Patientensteuerung an. Dass es hier Probleme gebe, zeige sich vor allem bei der Inanspruchnahme der Notaufnahmen der Krankenhäuser durch Patienten, die ebenso gut durch niedergelassene Ärzte versorgt werden könnten. „Man muss die Patienten steuern, damit das knapp gewordene Gut ‚Arztstunde‘ denen zugutekommt, die es wirklich benötigen“, schlug Montgomery vor. „Das unlängst verabschiedete Notfallkonzept des Gemeinsamen Bundesausschusses springt zu kurz. Es regelt Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte, aber keine Steuerung der Patienten. Und mehr Ärzte, mehr Kapazität für notleidende Patienten bringt es auch nicht“, kritisierte Montgomery.

Mehr Medizinstudienplätze jetzt

Problem sei doch eher, dass Arztstunden und Ärzte insgesamt knapp geworden seien. Darauf könne es nur eine sinnvolle Antwort geben, nämlich den Masterplan Medizinstudium 2020 umzusetzen und neue Studienplätze zu schaffen. Keinen überzeugenden Weg sieht Montgomery in der ausschließlichen Lösung, Ärztinnen und Ärzte aus dem Ausland zu holen, zumal man damit dem Gesundheitswesen der Herkunftslän-



Wollen im Interesse der Sache gut zusammenarbeiten: Gesundheitsminister Jens Spahn (l.) und Professor Dr. Frank Ulrich Montgomery. Foto: Jürgen Gebhardt

der dieser Kolleginnen und Kollegen schade. In diesem Zusammenhang mahnte der Präsident im Sinne des Patientenschutzes bundesweit verbindliche Qualitätsnachweise zum Kenntnisstand der Ärztinnen und Ärzte aus dem Ausland an, vor allem derjenigen, die aus „Drittstaaten“ außerhalb der EU kommen.

Mit Blick auf die Beratungen beim Deutschen Ärztetag ging Montgomery vor allem auf die geplante Änderung der (Muster-)Berufsordnung zum Thema „ausschließliche Fernbehandlung“ ein. Der BÄK-Vorstand werde den Delegierten eine Änderung der Berufsordnung vorschlagen, um unter bestimmten Voraussetzungen die Fernbehandlung zu erlauben. Damit in Deutschland kein Flickenteppich unterschiedlicher Bestimmungen in den Berufsordnungen der Landesärztekammern entstehe, müsse man auf diesem Ärztetag entscheiden und handeln.

Ausweitung der Sprechstundenzeiten

Dann trat Jens Spahn, der neue Bundesgesundheitsminister an das Rednerpult und blieb in seiner ersten Rede erst einmal bei seinem Bekenntnis zu den gesundheitspolitischen Plänen, auf die sich Union und SPD im Koalitionsvertrag geeinigt hatten. So widersprach er klar und deutlich der Auffassung des BÄK-Präsidenten, dass es sich bei den von vielen gesetzlich Krankenversicherten als zu lang empfundenen Wartezeiten auf Arzttermine nur um ein „gefühltes Problem“ handle und dass er sich daher weiterhin um einen schnelleren Zugang zur ärztlichen Versorgung kümmern wolle. Er glaube zwar, dass für die Engpässe vielleicht nur eine Minderheit von Ärzten mitverantwortlich sei, die ihr Sprechstundenpotenzial nicht ausschöpften, dennoch sei er gewillt, die Sprechstundenzeiten von Vertragsärzten mit Vollversorgungsauftrag von in der Woche 20 auf mindestens 25 Stunden für gesetzlich Krankenversicherte auszuweiten. Diese Maßnahme wolle er nicht als Generalverdacht gegen die Gesamtheit der niedergelassenen Ärzte verstanden wissen, „sondern als Ermutigung für diejenigen, die es noch nicht machen“. Und weiter: „Wer einen vollen Arztsitz innehat, diesen aber nicht voll ausfüllt, macht das auch zu Lasten seiner Kollegen in der Region.“ Auch an dem Ausbau der Terminservicestellen werde er festhalten. Er räumte zwar ein, dass die bislang 200.000 über die Servicestellen vermittelten Termine in der ambulanten Versorgung im Vergleich zu allen Arztkontakten nicht ins Gewicht fielen, wichtig und hilfreich für die Betroffenen seien sie sehr wohl gewesen.

Diese Äußerungen kamen beim Erfurter Ärztepublikum nicht gut an und da half es denn auch wenig, dass Spahn betonte: „Anders als manche Vorgängerin weiß ich, dass man gute Versorgung nur gemeinsam mit den Ärzten hinbekommen kann.“ Selbst die Zusage, dass kein Arzt für die Behandlung zusätzlicher Patienten finanziell bestraft werde, sondern dass man für sie Vergütungsregelungen auch außerhalb des Budgets finden werde, drehte die Stimmung kaum.



Nach der feierlichen Eröffnungsveranstaltung machten sich die nordrheinischen Delegierten mit Engagement an die Arbeit: Anträge wurden bearbeitet, diskutiert und abgestimmt. Unser Bild zeigt die nordrheinischen Delegierten bei der Abstimmung.

Foto: sas

Fernbehandlung erlauben

Durchaus mahnende Worte an die Delegierten richtete der Minister im Hinblick auf die ausstehenden Entscheidungen zur Liberalisierung des Fernbehandlungsverbots. Telemedizinische Angebote, da sei er sich sicher, würden so oder so realisiert. Die Frage sei allein, ob Google oder Amazon die Anbieter sein werden oder ob die deutsche Ärzteschaft diese neue Welt berufsrechtlich, aber auch politisch mitgestalten werde.

Uneingeschränkter Applaus erhielt der Minister für seine Pläne, die Gesundheitsberufe für den Nachwuchs wieder attraktiver zu machen. Mit Blick auf den ärztlichen Nachwuchs sei es nun Zeit, dass die Länder zügig den Masterplan Medizinstudium 2020 umsetzen. Dazu gehöre es auch, den Zugang zum Studium nicht länger von den Abiturnoten abhängig zu machen und die Zahl der Medizinstudienplätze zu erhöhen.

Nach der Eröffnungsveranstaltung nahmen die Delegierten die Arbeit auf und befassten sich mit rund 150 Anträgen. Zukunftsweisende Beschlüsse, die auch in der *Meinung auf Seite 3* in diesem Heft angesprochen sind, wurden gefasst. So beschlossen die Delegierten mit großer Mehrheit die Gesamtnovelle der (Muster-)Weiterbildungsordnung (MWBO). Auch votierten die Delegierten für die Neufassung von § 7 Absatz 4 der (Muster-)Berufsordnung. Damit ebneten sie unter definierten Voraussetzungen den berufsrechtlichen Weg für die ausschließliche Fernbehandlung von Patientinnen und Patienten.

In der nächsten Ausgabe berichten wir ausführlich über diese und weitere Beschlüsse. Umfangreiche Informationen und das Beschlussprotokoll zum 121. Deutschen Ärztetag finden Sie auf den Internetseiten der Bundesärztekammer: www.baek.de. **RA**